

Amthaus
Hodlerstrasse 7
3011 Bern
Telefon 031 / 634 30 11
Telefax 031 / 634 30 00

Bern bleibt Grün
Viktoriastrasse 44
Postfach 6116

3001 Bern


Unser Zeichen: PK/rw

Bern, 04.05.94

Ihr Zeichen

Baupolizeianzeige wegen zonenfremder Nutzung der Hinteren Allmend

Sehr geehrte Damen und Herren



Ihre Baupolizeianzeige vom 20. Januar 1993 an das Bauinspektorat der Stadt Bern wurde vom Stadtbauinspektor zuständigkeitshalber an uns überwiesen, da die in der Anzeige erwähnten Flächen im Eigentum der Einwohnergemeinde stehen und deshalb der Regierungsstatthalter als kantonale Behörde darüber zu befinden hat, ob im vorliegenden Fall gemäss Art. 101 VRPG Tatsachen vorliegen, die ein Einschreiten gegen eine Behörde als erforderlich erscheinen lassen.

Bezugnehmend auf Ihre Eingabe können wir Ihnen, nach Durchsicht der Akten, folgende Angaben zu der von Ihnen angezeigten zonenwidrigen Nutzung der hinteren Allmend machen: Unbestritten ist, dass es sich bei der hinteren Allmend gemäss geltendem Nutzungszonenplan um eine Grünfläche handelt, in der nur Bauten errichtet werden dürfen, die der Bewirtschaftung dienen (Art. 15 der Vorschriften zum Nutzungszonenplan 75). Es ist indessen gerichtsnotorisch und bedarf keiner weiteren Beweisführung, dass die Raumgestaltungen nördlich der Festhalle (Asphaltfläche, Kieswege) seit Jahrzehnten - bereits zum Zeitpunkt der Hygiene- und Sportausstellung HYSIPA 1961 - bestanden haben. Die Geltendmachung eines zonenwidrigen Zustandes für diese Flächen ist damit absolut verjährt (30-jährige absolute Verjährungsfrist; BGE 107 I a 124). Zu prüfen bleibt die rechtliche Situation der Parkplätze an der Papiermühlestrasse. Diese wurden am 24. Dezember 1975 - gemäss damaliger Praxis - vom Bauinspektorat der Stadt Bern bewilligt. Nunmehr wird Widerrechtlichkeit geltend gemacht.

Das Verfahren zur Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes ist in Art. 46 des kantonalen Baugesetzes geregelt. Absatz 3 dieses Artikels schreibt vor, dass nach Ablauf von fünf Jahren, seitdem die Rechtswidrigkeit erkennbar war, die Wiederherstellung des rechtmässigen Zustandes nur verlangt werden kann, wenn zwingende öffentliche Interessen es erfordern.

Nachdem die Parkplätze an der Papiermühlestrasse eine entscheidende Rolle in der Verkehrsplanung der Stadt Bern gespielt haben und die Durchsetzung des Anwohnerschutzes im Nordquartier mit dem "Berner Modell" (Blaue Zone; Parkkartenregelung) ohne Bereitstellung von Park + Ride-Plätzen am Stadtrand gar nicht möglich gewesen wäre, fehlt es am zwingenden öffentlichen Interesse zu deren Aufhebung.

Ein rechtswidriger Zustand kann, nachdem die Parkplätze wie erwähnt seit 1975 bestehen, allein schon aus diesen Gründen nicht mehr geltend gemacht werden. Bei dieser Sachlage erübrigen sich Weiterungen zur Bestandesgarantie (vgl. Art. 3 Abs. 1 der Vorschriften zum Nutzungszonenplan 75) und zum Gebot der Rechtssicherheit.

Für die Ergreifung aufsichtsrechtlicher Massnahmen besteht daher kein Anlass. Wir bitten um Kenntnisnahme und entschuldigen uns gleichzeitig für das lange Ausbleiben unserer Antwort (Grund: verschiedene Mitarbeiterwechsel) auf Ihre Eingabe vom 20. Januar 1993.



Mit freundlichen Grüssen

DER REGIERUNGSSTATTHALTER I

Bentz

Eingeschrieben

keine Beilagen

Kopie z.K.:

- an das Bauinspektorat der Stadt Bern, zuhanden des Rechtsdienstes der Planungs- und Baudirektion
- an die Polizeidirektion der Stadt Bern, zuhanden des Direktionssekretariats